



Newsletter

Dezember 2015

connosco e.V.
Lotharstr. 14-18
50937 Köln
Tel: +49-(0) 221-277 80 35
Website: www.connosco.de
E-Mail: info@connosco.de



Inhalt

Editorial	3
Letzte Meldungen des Monats	4
Rückblick auf das 5. CLAS 2015	6
„Como sea“ – Venezuelas Regierung will um jeden Preis gewinnen <i>Ein Kommentar von Daniel Saldivia</i>	8
Mexiko auf dem Weg zur Legalisierung von Marihuana <i>Von Henrik Trevisan</i>	10
Peru beschließt Registrierung sterilisierter Opfer <i>Von Tim Niendorf</i>	12
Evo Morales wirbt bei Merkel um Freihandelsabkommen <i>Von Simon Lenhart</i>	14

Editorial

Liebe Lateinamerika-Freunde,

nach Argentinien wählt nun auch Venezuela – jedoch unter Ausschluss von Wahlbeobachtern. In den anstehenden Parlamentswahlen wird ein Sieg der Opposition erwartet. Egal wie die Wahl ausgehen sollte: Keine Partei wird eine Niederlage akzeptieren. Aufreibend war auch der Wahlkampf. Auf Seite **8** finden Sie einen Kommentar von Daniel Saldivia.

In Mexiko sorgt ein Urteil des Obersten Gerichtshofs für Wirbel. Dieses könnte die Weichen für eine Legalisierung von Marihuana stellen. Der Handel mit dieser Droge macht etwa ein Drittel der Einnahmen mexikanischer Kartelle aus. Mehr dazu auf Seite **10**.

In Peru erhöhte sich während der Regierungszeit des Präsidenten Alberto Fujimori (1990-2000) die Zahl sterilisierter Frauen und Männer. Vermutet wird deshalb seit langem, dass dahinter ein Plan steckte, um die Armut zu verringern. Nun sollen die Betroffenen registriert werden. Auf Seite **12** erfahren Sie die Hintergründe.

Auf Seite **14** geht es um die Bemühungen des bolivianischen Präsidenten Evo Morales, den Energiesektor zu stärken. In Deutschland warb er um Investitionen – und traf auch Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Wenn Sie regelmäßig über Themen mit Lateinamerika-Bezug informiert werden möchten, abonnieren Sie unseren Newsletter. Alle Informationen dazu finden Sie auf unserer [Website](#).

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer Analysen.

Das Team Wirtschaft & Politik von connosco e.V.

Letzte Meldungen des Monats

- **Kirchnerismus abgewählt:** Mauricio Macri hat in Argentinien den Stichentscheid gegen Daniel Scioli gewonnen. In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen setzte er sich mit 51,4 Prozent durch. Jedoch hat er weder im Kongress noch im Senat eine Mehrheit hinter sich und ist daher auf die anderen Parteien angewiesen. In der ersten Wahlrunde hatte kein Kandidat die nötige Stimmenanzahl bekommen. Als einen der ersten Schritte kündigte Macri an, Venezuela aus dem Mercosur auszuschließen. Sein Kabinett will er mit Personal aus der Privatwirtschaft besetzen. So soll Alfonso Prat-Gay, früherer Manager von JP Morgan, Finanzminister werden. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende von Shell, Juan José Aranguren, soll das Ministerium für Energie und Bergbau übernehmen. Damit macht Macri klar, dass er mit dem Protektionismus brechen möchte. Am 10. Dezember wird der neue Präsident vereidigt und damit die seit 2007 regierende Cristina Kirchner ablösen.
- **Umweltkatastrophe in Brasilien:** Im brasilianischen Minas Gerais hat sich eine Umweltkatastrophe ereignet. Eine Schlammlawine riss am 5. November mindestens 13 Menschen in den Tod. Jedoch könnte die Zahl weiter ansteigen, da noch Personen vermisst werden. Zudem ist der Fluss Rio Doce durch das Unglück verseucht. Betroffen ist ein Gebiet, das so groß ist wie Portugal. Die Lawine löste sich, nachdem Staudämme der Bergbaufirma Samarco gebrochen waren. Der Konzern war bereits in vorigen Jahren für fehlende Sicherheitsvorkehrungen kritisiert worden. Das Unternehmen hat bereits angekündigt, umgerechnet 250 Millionen Euro für Notfallmaßnahmen zu zahlen. Sollte Samarco jedoch für die Umweltkatastrophe verantwortlich gemacht werden, drohen dem Konzern weitere Kosten. Die Generalbundesanwaltschaft will den Konzern auf fünf Milliarden Euro verklagen. Dieser stellte bereits die Gehaltszahlungen an seine Mitarbeiter und Lieferanten ein, da nur so Rücklagen gebildet werden könnten.
- **Neuer Nationalpark misst 1,3 Millionen Hektar:** Der peruanische Präsident Ollanta Humala hat am 8. November ein neues Naturreservat eingeweiht. Der Nationalpark Sierra del Divisor liegt im Amazonasgebiet und reicht bis nach Brasilien und Bolivien. Er gehört nun zu den größten Naturschutzgebieten der Welt. In dem Gebiet leben seltene Tierarten

sowie 21 indigene Gruppen. Illegale Rodungen und der Drogenhandel gelten in der Region als Problemfaktoren. Naturschutzorganisationen hatten deshalb jahrelang für die Schaffung eines Reservats gekämpft. Der Schutz der Sierra del Divisor ist Teil der peruanischen Verpflichtungen, die auf der Klimakonferenz COP20 beschlossen wurden. Diese fand vor einem Jahr in Lima statt.

- **Pablo Neruda doch ermordet?** Literaturnobelpreisträger Pablo Neruda soll mit „hoher Wahrscheinlichkeit“ doch ermordet worden sein. Dies geht aus einem Dokument des chilenischen Innenministeriums hervor, das der Zeitung El País vorliegt. Der Dichter war kurz nach dem Putsch des Diktators Augusto Pinochet in einem Krankenhaus verstorben. Offiziell wurde sein Krebsleiden für den Tod verantwortlich gemacht. Diese Version zweifelten viele an. 2013 exhumierte man seinen Leichnam, um diesen zu untersuchen. Als Todesursache wurde ein Herzversagen festgemacht. Neruda hatte den Plan, ins mexikanische Exil zu gehen. Im Mai wird ein wissenschaftlicher Befund erwartet, der letzte Klarheit bringen könnte.
- **Adoptionsrecht erweitert:** Das kolumbianische Verfassungsgericht hat entschieden, dass gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen. Präsident Santos begrüßte die Entscheidung, die katholische Kirche zeigte sich wiederum enttäuscht. Eine Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern ist hingegen noch nicht möglich.

Zusammengetragen von Tim Niendorf

Rückblick auf das 5. CLAS 2015

Zum fünften Mal hat connosco e.V. das Cologne Latin America Symposium (CLAS) am 12. und 13. November organisiert. Das diesjährige CLAS fand unter dem Titel „Lateinamerikas neue (Un)Abhängigkeit – Perspektiven alternativer Entwicklungswege“ statt.

Wir haben uns sehr über ein gelungenes Symposium gefreut, mit interessanten Vorträgen, Diskussionen und Workshops. Gleich zu Beginn zeigte uns Professor Fischer die Widersprüchlichkeiten des Kontinents mit einer Einleitung zu "Identitäten und Ideologien" auf. Gefolgt wurde dieser Vortrag von Professor Boeckhs profunder und spannender Analyse der wirtschaftlichen und politischen Situation in Venezuela. Auch konnten wir auf Herrn Kleins Sachverstand aus dem Bankensektor zählen, der von der DEGinvest in Köln zu den BRICS Staaten und ihrer globalen Bedeutung referierte. Im Anschluss an diese Vorträge konnten die Teilnehmenden selbst aktiv werden, indem sie entweder in einem vom CLAS-Team organisierten Workshop ihr Wissen zu Extraktivismus vertieften, oder in einem Vortrag mit interaktivem Teil über Kubas neue Zukunft diskutierten. Abgeschlossen wurde der erste Tag des CLAS von einer gewohnt abwechslungsreichen Diskussionsrunde zu "Argentinien nach der Wahl - der Weg aus der Krise". Im Rahmen dieser sind die Ansichten des Ökonomen Herrn Professor Foders, sowie der Auslandskorrespondentin Frau Dr. Stausberg und des politischen Koordinators von erlassjahr.de, Herrn Kaiser, auf spannende Art und Weise aufeinander getroffen.

Am zweiten Tag ging es genauso informativ weiter. Eingeleitet wurde dieser mit dem „Buen Vivir“, einem Verfassungskonzept und politischen Programm, welches sich als Alternative zum globalen Wirtschaftswachstum versteht und vor allem in Bolivien und Ecuador von Bedeutung ist. Zum kulturellen Konzept von „Buen Vivir“ hat Frau Professor Noack referiert und einen Blick auf die Realität hat uns Herr Revollo, der EU-Botschafter des Plurinationalen Staates Bolivien gezeigt. Die Auseinandersetzung mit diesem kontroversen Konzept konnte im Anschluss in einem Workshop weiter geführt werden, zu welchem parallel ein Vortrag mit dem Unternehmensberater Herrn Palacios-Tovar stattfand. Herr Professor Hemel hat uns in seinem, an die Mittagspause anschließenden Vortrag, von der zivilgesellschaftlichen Situation auf dem Kontinent berichtet und Herr Buerstedde hat danach Wirtschaftschancen für deutsche Unternehmen auf

Kuba beleuchtet. Abgeschlossen wurde der Freitag von einer Fishbowldiskussion mit der kontroversen Frage „Identität oder Kapital“.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Unterstützer*innen und bei der Fritz-Thyssen-Stiftung, in deren Räumlichkeiten das CLAS nun auch zum fünften Mal stattfinden konnte und freuen uns schon auf Runde sechs im November 2016.



„Como sea“ – Venezuelas Regierung will um jeden Preis gewinnen

Ein Kommentar von Daniel Saldivia zu den anstehenden Parlamentswahlen in Venezuela

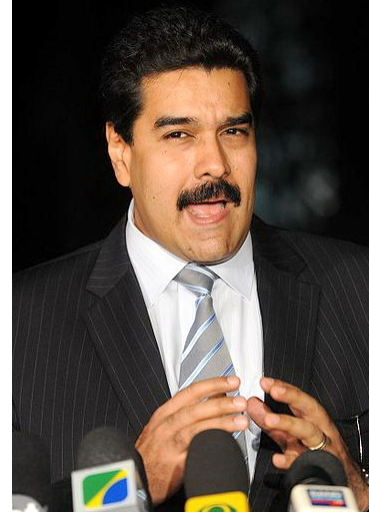
Seit zwei Jahren finden keine Wahlen mehr in Venezuela statt. Dies ist schon sehr ungewöhnlich, da sonst jedes Jahr eine andere Wahl bevorsteht. In der „Wahl-Demokratie“, wie sie von verschiedenen Akademikern genannt wird, werden am 6. Dezember Parlamentswahlen durchgeführt. Seit fünf Jahren besitzt die Partei PSUV eine Sitzmehrheit in der einzigen Kammer des Parlaments, der Asamblea Nacional. Diese Wahl scheint jedoch die Opposition zu gewinnen. Allerdings bemühen sich die Regierung und die PSUV darum, dass dies nicht geschieht.

Im Jahr 2005 unterlief der damaligen Oppositionsführung unter Manuel Rosales ein großer Fehler: Sie trat die Wahlen aus Kritik nicht an, da sie die Legitimität der Regierung und des Nationalen Wahlamtes CNE (Centro Nacional Electoral) anzweifelte. Fünf Jahre später feierte die Oppositionskoalition MUD einen großen Erfolg. Zusammen mit der Partei PPT (Patria Para Todos) gewann sie die Mehrheit der Stimmen bei den Wahlen – allerdings nicht die Mehrheit der Sitze. Nur 67 der 165 möglichen Sitze fielen auf die Opposition. Diese unfaire Verteilung der Sitze erfolgte nach der Wahlreform von 2008, welche die Sitze gemäß der Bevölkerungszahl verteilte. Einige Kritiker behaupten, die Wahlreform hätte historische Wahlbeteiligungswerte in Betracht genommen, um zum Beispiel die Wahlergebnisse von 2010 indirekt zu bestimmen.

Dieses Szenario ist bei der anstehenden Wahl wieder möglich, da das Wahlverhalten in den jeweiligen Wahlkreisen nicht sehr schwankt und heutzutage noch die Wahlreform von 2008 gilt. Dennoch scheint gewiss: Die Opposition dürfte die Wahlen gewinnen – vorausgesetzt die Wahl verläuft fair und transparent. Einige Umfragen sagen der Opposition sogar zehn Prozentpunkte Vorsprung voraus. Umfrage-Agenturen sind in Venezuela jedoch stark politisiert. Voraussichtliche Ergebnisse unterscheiden sich signifikant zwischen den Agenturen, nicht nur bei dieser, sondern auch schon bei vergangenen Wahlen.

Alle Mittel recht

Was in den letzten Wochen in der Kampagne passiert ist, verdeutlicht, dass auch der Wahlkampf stark von der Regierung beeinflusst wird: In Monagas wurden beispielsweise Tablets von Parlamentspräsident Diosdado Cabello, einem der wichtigsten politischen Figuren der Regierung und des Militärs, verschenkt. Außerdem wurde eine Rede von einem Beamten des Identifikationsbüros SAIME in Zulia aufgenommen, in der dieser seinen Mitarbeitern mit der Kündigung droht, wenn sie ihm nicht ein Foto ihres Stimmzettels zeigen. Bis heute hat sich die Regierung dazu nicht geäußert.



Möchte gewinnen, „egal wie“: Präsident Nicolás Maduro
Bildquelle: Agência Brasil;
https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/3/32/Nicolas_Maduro_Moros.jpg

Ernesto Rodríguez, Kandidat in Anzoátegui für die PSUV, bestätigte, dass es normal sei, dass die regierende Partei Staatsgelder für deren politische Zwecke benutzt. Dazu gehöre, die Macht inne zu haben. Vor einigen Monaten wurde sogar eine Partei namens MID angemeldet und direkt neben der Oppositionskoalition MUD (Movimiento Unidad Democrática) auf den Stimmzettel gesetzt, sogar mit einem ähnlichen Symbol. Die Opposition nannte das „Wählermanipulation“, da diese Aktion zu Verwirrungen bei den Wählern führe.

Der Slogan der Regierungspartei scheint mit der Realität übereinzustimmen: „Pa’ la Asamblea como sea“ („Zum Parlament – egal wie“). Einige Regierungsvertreter, so zum Beispiel Parlamentspräsident Cabello, sind der Meinung, dass die Opposition einfach nicht gewinnen kann. Als ob es ein physikalisches Gesetz wäre, dass die PSUV gewinnt. Es ist sogar die Rede von Militäreinsätzen oder davon, die Wahl für ungültig zu erklären, sollte das CNE tatsächlich die Opposition zum Gewinner erklären. Es wird gemutmaßt, dass der Ausnahmezustand und die geschlossene Grenze zu Kolumbien im westlichen Táchira als Argumentationsbasis dienen könnten, um die Wahl für ungültig zu erklären. Zusammen mit der Kolumbien-Krise hat der Präzedenzfall mit Guyana auch eine nationalisierende Rolle gespielt, die für Regierung von Vorteil ist. Allerdings ist die aktuelle wirtschaftliche

Lage so extrem, dass diese zwei Ereignisse eher eine untergeordnete Rolle spielen.

Das neue Parlament soll am 10. Januar die Arbeit aufnehmen. Somit hätte die PSUV dank ihrer aktuellen Mehrheit theoretisch einen Monat Zeit, um eine außerordentliche Sitzung einzuberufen und ein Ermächtigungsgesetz für Präsident Nicolas Maduro zu erlassen. Zwei Fragen bleiben interessant: Wie wird sich der Wahlprozess am 6. Dezember verlaufen? Beobachter der OAS sind nicht zugelassen, aber andere internationale Instanzen werden vor Ort sein. Vorausgesetzt ein fairer Prozess findet statt und die Umfragen haben Recht, dass die Opposition gewinnt: Wie wird die Regierung Maduros mit einer oppositionellen Legislative umgehen? Die parlamentarischen Dynamiken in Caracas ab Januar dürften mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Mexiko auf dem Weg zur Legalisierung von Marihuana

Von Henrik Trevisan

Anfang November hat Mexikos Oberster Gerichtshof ein Urteil gefällt, das möglicherweise weitreichende Folgen auf die rechtliche Situation im Umgang mit Marihuana in dem lateinamerikanischen Land haben wird. Nach einer Klage von vier Mitgliedern der Organisation SMART stimmte das Oberste Gericht mit vier zu eins Stimmen dafür, dass sowohl der Anbau für den Eigengebrauch als auch der Konsum für die vier Kläger legal sei. Als Begründung nannte die Richterin Olga Sánchez Cordero, dass das „totale Verbot übertrieben sei und nicht das Recht auf Gesundheit schütze“. Weiterhin solle der Konsum „aus Respekt vor dem Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung“ erlaubt werden.

SMART steht für Sociedad Mexicana de Autoconsumo Responsable y Tolerante (Mexikanische Gesellschaft für verantwortungsvollen und toleranten Eigengebrauch) und wurde von Mitgliedern der Organisation México Unido Contra la Delincuencia (Vereintes Mexiko gegen die

Kriminalität) gegründet, allesamt Unternehmer und Anwälte. Die Gründe für die geforderte Legalisierung seien „das Recht des Bürgers zu entscheiden, was er konsumieren möchte, unabhängig vom möglichen körperlichen Schaden“ sowie „die Intention, einen alternativen Umgang mit dem Thema Drogen zu entwickeln, um die öffentliche Sicherheit und Gesundheit zu verbessern“.

Umdenken im Umgang mit Drogen

Bereits seit 2009 ist in Mexiko der Besitz von geringen Mengen bis zu fünf Gramm nicht mehr strafbar, jedoch der Konsum. Das einzige Land weltweit, in dem der Anbau und Verkauf legal ist, ist seit 2013 Uruguay. Der Handel wird dort staatlich kontrolliert. Auch in anderen südamerikanischen Ländern wird der Wunsch nach Legalisierung mehr und mehr zum öffentlichen Thema. In Folge dessen wird sich 2016, initiiert von Kolumbien, Mexiko, Uruguay, Bolivien und Guatemala, erstmals eine UN-Vollversammlung in einer Sondersitzung mit dem Thema Drogen beschäftigen. Gegenstand wird unter anderem die effektive Aufklärung über die Risiken von Drogenmissbrauch sowie regionale und internationale Kooperationsmöglichkeiten für den Kampf gegen das weltweite Drogenproblem und dessen Verbindung zu organisierter Kriminalität sein.

Die Gründe für die geforderte Legalisierung sind also weitreichender als nur der Wunsch nach legalem Konsum für einzelne. Vielmehr geht es um den Versuch, den übermächtigen Drogenkartellen den Handel zu nehmen und damit einen Teil ihrer Macht. Marihuana macht etwa ein Drittel der Einnahmen mexikanischer Kartelle aus. Seit der Aufhebung des Verbots von Marihuana in den US-Bundesstaaten Colorado, Washington, Oregon und Alaska sind die Einnahmen der Kartelle bereits eingebrochen. Denn der Anteil der Droge, die in Mexiko bleibt und dort konsumiert wird, ist vergleichsweise gering. Dass sich die UN in einer Sondersitzung mit dem Thema befasst, scheint also der richtige Schritt in Anbetracht dieser internationalen Zusammenhänge.

Keine grundsätzliche Legalisierung

Dass das Urteil nur ein Schritt in Richtung einer grundsätzlichen Legalisierung ist, wird anhand anderer Zahlen und Stimmen deutlich. So sind nach Umfragen 65 Prozent der Bevölkerung gegen die Legalisierung. Gesundheitsministerin Mercedes Juan López stellte noch einmal klar, dass

das Urteil aus ihrer Sicht definitiv nicht die Legalisierung von Marihuana bedeute. Präsident Enrique Peña Nieto verkündete, dass die eventuelle Legalisierung des Marihuana-Konsums für ihn persönlich nicht wünschenswert sei, er aber dennoch nicht gegen eine auf wissenschaftlichen Fakten basierte, breite Debatte sei. Die PRD (Partido de la Revolución Democrática) ist bislang die einzige Partei, welche die Legalisierung unterstützt. Die linksliberale Partei begründet ihre Position mit der Respektierung der Menschenrechte. Es gehe nicht darum, den Konsum zu fördern. Aber die Kriminalisierung der Konsumenten sei verfassungswidrig, was durch das Urteil am obersten Gericht zuletzt bestätigt wurde.

Peru beschließt Registrierung sterilisierter Opfer

Von Tim Niendorf

Die peruanische Regierung hat mitgeteilt, Opfer von Sterilisierungen erfassen zu wollen. Dieser Schritt sei von „hohem nationalen Interesse“, so Präsident Ollanta Humala in einem Dekret. Der Registrierungsprozess solle Anfang Dezember anlaufen und richtet sich an Frauen und Männer, die zwischen 1996 und 2001 sterilisiert wurden.

Sterilisierungen mit Vorsatz?

Während der Regierungszeit des Präsidenten Alberto Fujimoris (1990-2000) erhöhte sich die Zahl sterilisierter Frauen und Männer. Vermutet wird deshalb seit langem, dass dahinter ein Plan steckte, um die Armut zu verringern. Betroffene hatten immer wieder geklagt und auf ihre Vorwürfe aufmerksam gemacht. In ihren Augen hätte die damalige Regierung Verbrechen gegen die Menschheit begangen. Die Defensoría del Pueblo spricht von 272.028 Frauen und 22.004 Männern, die zwischen 1996 und 2001 sterilisiert wurden. In über 2.000 dieser Fälle hat die Defensoría del Pueblo Anzeigen registriert.

Vor allem in den ärmsten Landesteilen berichten Menschen davon, gegen ihren Willen sterilisiert worden zu sein. Demnach seien sie zum Beispiel bei Routineuntersuchungen hintergangen worden. Bisher sind die Vorwürfe nicht vollends geklärt. Die Staatsanwaltschaft hatte sich schon früher des Themas angenommen. Eine Mutwilligkeit hinter den Aktionen konnte damals jedoch nicht zureichend bewiesen werden. Niemand sei bedroht und somit zu einer Sterilisierung gezwungen worden. Dies sehen viele Betroffene anders. Carlos Rivera Paz, Anwalt der Opfer, zeigt sich hoffnungsvoll: „Zum ersten Mal – und ich hoffe schon bald – werden wir wissen, wie viele Frauen Opfer einer solchen Verletzung geworden sind.“ Präsident Ollanta Humala hegt keine Zweifel daran, dass die Sterilisierungen gegen den Willen der Betroffenen waren. Das Vorgehen der Regierung Fujimori verurteilte er als „unmoralisch“.

Krisenjahre

In den 1990er Jahren hatte Alberto Fujimori mit einer wirtschaftsliberalen Agenda regiert. Mit dieser suchte er, die Wirtschaftskrise seines Landes in den Griff zu bekommen. Sein Regierungsstil galt als autoritär. Fujimoris Amtszeit lag in der finalen Phase des bewaffneten Konflikts mit der Guerilla 'Leuchtender Pfad'. Über 70.000 Menschen fielen diesem Konflikt zum Opfer, darunter vor allem unbeteiligte Dritte. Die meisten der Opfer kamen vom Land und sprachen eine indigene Sprache. Der 'Leuchtende Pfad' und der Staat begingen in dieser Zeit Menschenrechtsverbrechen. Dies belegt der finale Bericht der Kommission für Wahrheit und Versöhnung aus dem Jahr 2003. Alberto Fujimori sitzt seit 2007 wegen Korruption und Verletzung der Menschenrechte im Gefängnis.

Seine Tochter Keiko Fujimori gilt als aussichtsreiche Kandidatin in der kommenden Präsidentschaftswahl. Diese wird im April 2016 durchgeführt. Keiko Fujimori glaubt nicht an eine Schuld des Staates. In ihren Augen hätten einzelne Ärzte ihre Funktion missbraucht. Angesichts dessen werfen ihr Kritiker vor, sich nicht von der Politik ihres Vaters zu distanzieren.

Evo Morales wirbt bei Merkel um Freihandelsabkommen

Von Simon Lenhart

Der bolivianische Staatspräsident Evo Morales hat Anfang November im Rahmen seiner Europareise in Deutschland um Investitionen im Energiesektor geworben. „Wir möchten das Energiezentrum Südamerikas werden“, so Morales bei einem Besuch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel. Der Besuch in Deutschland war die erste Station der Europareise, die unter anderem nach Frankreich, Irland und Italien führte. Beim Treffen verständigten sich beide Regierungen auf eine verstärkte Zusammenarbeit in den bilateralen Beziehungen sowie in wirtschaftlichen und klimapolitischen Fragen.

Merkel bezeichnete den Staatsbesuch aus Bolivien als „neues Kapitel in den bolivianisch-deutschen Beziehungen“. Sie lobte die Entwicklung Boliviens seit der Präsidentschaft von Evo Morales ausdrücklich, forderte jedoch Fortschritte beim Umgang mit Menschenrechten. Zu diesem Zweck möchte die deutsche Bundesregierung Justizexperten des Bundesjustizministeriums nach Bolivien entsenden, um beim Aufbau eines Justizwesens zu helfen. Denn Morales räumte Schwächen beim Justizapparat ein.

Boliviens Präsident unterstrich die zentrale Bedeutung für einen Technologietransfer in den Bereichen Windenergie und in der Etablierung einer Lithium-Industrie in Bolivien. Mit deutscher Unterstützung beabsichtigt der südamerikanische Staat zu einem Energieexporteur aufzusteigen. Neben diesem Ziel seien beim Besuch in Berlin Investitionen im Energiesektor von rund 920 Millionen Euro vereinbart worden.

Öffnung Boliviens in der Handelspolitik

Während in der Vergangenheit der bolivianische Präsident ein entschiedener Gegner von Freihandel gewesen war, äußerte sich dieser bei seinem Europabesuch auf eine überraschende Weise: Nun drängt Morales auf einen schnellen Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU. Bolivien befindet sich nämlich auf dem Weg zu einer Vollmitgliedschaft in den Freihandelsbund Mercosur. Hintergrund ist, dass die EU Gespräche über ein Freihandelsabkommen mit der südamerikanischen Staatengruppe führt.

Warum aber die Kehrtwende des Präsidenten? Die wachsende Anzahl bilateraler wie regionaler Freihandelsabkommen in anderen Weltregionen übt Druck auf die bolivianische Wirtschaft aus. Zudem scheinen Staaten wie Chile und Kolumbien nach einem Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU erfolgreicher zu sein – auch vor dem Hintergrund stärkerer Wirtschaftsbeziehungen zum chinesischen Markt.

Ebenso hat Morales während seiner Europareise mehrere Investitionsabkommen mit europäischen Konzernen abgeschlossen. Im Bereich Bergbau hat Bolivien einen Vertrag mit ThyssenKrupp über die Lieferung von Zinn in Höhe von 106 Millionen US-Dollar geschlossen. Siemens soll Turbinen für thermoelektrische Anlagen im Wert von 1,2 Milliarden US-Dollar an Bolivien liefern. Zudem wurden Investitionen von den Erdölkonzernen British Gas und Total zur Exploration von Erdöl- und Gasvorkommen abgewickelt. Beim Militärtechnik-, Luft- und Raumfahrtspezialisten Thales wurden Radargeräte in Höhe von 185 Millionen US-Dollar gekauft.